Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Thomas Beyer, Christa Naaß, Johanna Werner-Muggendorfer, Harald Güller, Franz Maget, Natascha Kohnen** und **Fraktion (SPD)**

Die Wahl des Bundespräsidenten freigeben

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag unterstützt die Forderung des ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten und früheren CDU-Generalsekretärs Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, bei der Wahl des Bundespräsidenten für die Mitglieder der Bundesversammlung die Abstimmung freizugeben.

Begründung:

Wie Prof. Dr. Biedenkopf in einem Beitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (17. Juni 2010) zutreffend feststellt, unterliegen die Mitglieder der Bundesversammlung keinem Fraktionszwang. Die politischen Parteien könnten für die von ihnen vorgeschlagenen Kandidaten werben. „Aber sie dürfen“ – so Biedenkopf – „keinen Druck auf die Mitglieder ausüben, damit sie sich ihren Empfehlungen anschließen.“

Weiter stellt Prof. Dr. Biedenkopf in dem FAZ-Beitrag richtigerweise fest: „Die breite Zustimmung in der Bevölkerung zur Kandidatur Joachim Gaucks ist nicht nur seinen allseits gerühmten Qualitäten geschuldet. Sie ist zugleich Ausdruck eines zunehmenden Misstrauens gegenüber dem umfassenden Anspruch der politischen Parteien. Dieser Anspruch wird auch in dem Versuch sichtbar, sich der Bundesversammlung für die Entscheidung ihrer machtpolitischen Fragen zu bedienen.“

Mit der Freigabe der Abstimmung würden die Parteien, wie Prof. Dr. Biedenkopf abschließend feststellt, nicht nur der Verfassung und ihrem Auftrag an die Bundesversammlung gerecht werden. „Sie gäben den Mitgliedern der Bundesversammlung auch die Möglichkeit, als freie Bürger mit dem Ergebnis ihrer Wahl vor der Öffentlichkeit zu bestehen“, so der ehemalige Ministerpräsident von Sachsen.